

DIE LINKE

SAARLINKE: „SOLIDARISCH MIT DEN ANGESTELLTEN DES UNIVERSITÄTSKLINIKUMS UND VON HALBERG-GUSS. OHNE WENN UND ABER.“

GRATULATION AN DAS

TEAM DES LINKEN-WAGENS

AUF DEM CSD 2018!



SOZIAL
Auch nach der Wahl

DIE LINKE.

www.dielinke-saar.de

SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN.

FÜR ALLE.



AUSGABE 19/2018 - RUNDBRIEF #POLITIKWECHSEL #PWJ #DMDS

V. i. S. d. P. Dr. Andreas Neumann, stv. Vors. DIE LINKE. Saar, red@dielinke-saar-mailer.de

LS

VS

**SCHWARZE NULLEN GIBT
ES AN DER SAAR GENUG**

**ES FEHLT DAS SANIERUNGSKONZEPT,
DAS DEREN FEHLER BEHEBT!**

DIE LINKE.
LANDESV ERBAND SAAR

Die schwarze Null steht beim LSVS über allem - LSVS und kein Ende. Die Vergangenheit ist geprägt durch einen gemeinsamen CDU/SPD-Proporz um die Geschäftsführerposten bei Saartoto und LSVS, das Scheckverteilen durch Vertreter beider Parteien, mangelnde Transparenz und Kontrolle. Die Folgen sind verheerend: 20 Millionen Euro Schulden bei der Landesbank, Bedarf an 10 Millionen für Bestandsforderungen, ein strukturelles Defizit von 2,3 Millionen pro Jahr. Der angeblich alternativlose Sanierungsplan sieht u.a. den Abbau von 182 auf 77 Arbeitsstellen vor: 105 Angestellte fallen weg.

„Liest man dann aktuell, dass Anke Rehlinger (SPD, stv. Ministerpräsidentin und SPD-Vorsitzende Saar) dafür plädiert, dass Personalrat und Gewerkschaft miteinbezogen werden sollten, dass sie sich einen Sozialtarif vorstellen kann, kann einem schlecht werden. Die CDU kann ohne die SPD an der Saar wenig bis nichts. Und nun kommt von einer angeblichen Arbeiterpartei so ein seichtes Gefasel? Frau Rehlinger, googeln Sie mal, wofür das S in ihrem Parteinamen steht. Gehen Sie endlich für die Arbeiter auf die Barrikaden! Fordern Sie klar, dass das Schicksal der Arbeitnehmer ebenso alternativlos ist, wie die Zukunft des Saarsports!“, so Andreas Neumann, stv. Landesvorsitzender DIE LINKE. Saar.

„Wenn Klaus Bouillon (CDU) -als Sportminister Chef der Rechtsaufsicht und Vorsitzender des Aufsichtsrates- nach einem Jahr dann doch mal feststellt, dass diese Kombination einen grundsätzlichen Interessenskonflikt darstellt, dann bekommt der SZ-Titel ‚Die schwarze Null steht beim LSVS über allem‘ eine ganz neue Bedeutung.“

TERMINKALENDER // AUSZUG

20. Juni 2018 - Thomas Lutze: Bürgersprechstunde Neunkirchen
Neunkirchen, Bahnhofstr. 9, B9, 14-17 Uhr.

**20. Juni 2018 - Ortsverband Völklingen Großrosseln:
Mitgliederversammlung**
Völklingen, Hostenbacher Str. 6, Gasthaus „Zum Kraftwerk“,
Nebenraum, ab 18 Uhr.

**21. Juni 2018 - EUDSV - Datenschutz, Probleme, Lösungen und
Umsetzungen**
Saarbrücken, Nauwieserstr. 11, N11, 19-20 Uhr.
Weitere Infos: Lass Dich nicht ausknocken! Informationsveranstaltung
zu BDSG, EUDSV, Impressum & Co. Anmeldung bis zum 16.6.2018 an
andreas.neumann@dielinke-saar.de. Begrenzte Teilnehmerzahl auf
Grund der Räumlichkeit.

22. Juni 2018 - Stammtisch des Stadtverbandes Merzig
Merzig, Bahnhofstraße 25, Bistro Villa Fuchs (Nebenzimmer), ab 18:00
Uhr.

25. Juni 2018 - Mitgliederversammlung LAG LISA _ Linke Frauen
Saarbrücken, Landesgeschäftsstelle, Talstr. 23, 18.30 Uhr.
Weitere Infos: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen

26. Juni 2018 - Sitzung des Kreisvorstandes Merzig-Wadern
Merzig, Bahnhofstraße 25, Bistro Villa Fuchs (Nebenzimmer), ab 18:30
Uhr.

27. Juni 2018 - Theater: Geheimsache Rosa Luxemburg
Saarbrücken, Kleines Theater im Rathausplatz, 19-21 Uhr.
Weitere Infos: Normalpreis: 10,00 €, ermäßigter Preis: 8,00 €.

28. Juni 2018 - Glyphosat Adé
Wadgassen, Feldstr. 10, Bioland-Hof Comtesse, 10-16 Uhr.
Weitere Infos: Wie Mischfrucht Pestizide überflüssig macht.
Feldbegehung auf dem Bioland-Hof Marcus Comtesse, Wadgassen.

26. Juli 2018 - Kleines Fest am N11
Saarbrücken, Nauwieserstr. 11, N11, 14-17 Uhr.

11. August 2018 - Sommerfest des BV Dudweiler
Dudweiler, Vereinshaus der Geisekippcher Buwe unn Mäade,
Solferionostr. 18, 16 Uhr.



„In der nd-Belegschaft löste die Notlage Debatten aus - über Auswege, Konzepte, Unterstützung durch die Eigentümer. Als die Frage aufkam, ob auch Einschnitte in die ohnehin unter Tarif liegenden Gehälter der nd-Mitarbeiter denkbar seien, wandte sich der Betriebsrat an ver.di. Aus der Diskussion darüber entstand ein Appell an den Vorstand der Linkspartei (diese ist Mitgesellschafterin des »nd«), sich für die Existenzsicherung der Zeitung einzusetzen und damit auch die Arbeitsplätze in Redaktion und Verlag zu sichern, gleichzeitig aber die journalistische Unabhängigkeit zu gewährleisten...“ -

www.neues-deutschland.de/abo/



TERMINKALENDER // EXTERNE EVENTS

Peter-Imandt-Gesellschaft/rls: Theater, Geheimsache Rosa Luxemburg -
Gastvorstellung des Portraittheaters Wien im 100. Jahr der
Novemberrevolution

Kleines Theater im Rathaus, Rathausplatz, 66111 Saarbrücken
27.06.2018, 19:00 - 21:00 Uhr
Normalpreis: 10,00 €. Ermäßigter Preis: 8,00 €.

Geheimsache Rosa Luxemburg ist ein Stück des portraittheaters Wien in Kooperation mit AK Kultur Oberösterreich und Theater Drachengasse Wien. Die Akteurinnen dieses Stücks gastieren anlässlich des Veranstaltungsprogramms der Rosa-Luxemburg-Stiftung im 100. Jahr der Oktoberrevolution in Berlin. Rosa Luxemburg - viele Menschen kennen nur ihren Namen. Von manchen wird sie verherrlicht, von anderen verdammt. Doch was hat diese Frau tatsächlich gedacht und gemacht? Was hat sie zu aktuellen Themen wie Demokratie, Kapitalismus und Demokratie zu sagen? Eine Frau redet, stört, polarisiert. Rosa Luxemburg war eine bedeutende Kämpferin, Theoretikerin und Politikerin der europäischen Arbeiterbewegung. Ihr gewaltsamer Tod, die Gefängnisaufenthalte, das unbedingte Einstehen für ihre Ansichten, der Kampf für die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter waren einzigartig in der Geschichte. Ihre Briefe zeugen von einer sensiblen und unerschütterlich optimistischen Einstellung. Ihre Reden gelten als brillante Glanzstücke der Rhetorik. Aber sie gilt auch als fehlerhaft, als aufmüpfige Sozialdemokratin, als Kommunistin, Abtrünnige und Aufhetzerin. Mit: Sandra Schüddekopf, Regie - Anita Zieher, Schauspiel, Produktionsleitung - Ingrid Oberkanins, Percussion - Eva-Maria Schwenkel, Bühnenkonzept & Caterina Czepek, Alexandra Trimmel, Kostümbild

Peter-Imandt-Gesellschaft/rls: Glyphosat Adé
Wie Mischfrucht Pestizide überflüssig macht

Bioland-Hof Comtesse, Feldstr. 10, 66787 Wadgassen
28.06.2018, 10:00 - 16:00 Uhr
Normalpreis: 20,00 €. Sozialpreis: 15,00 €.

Feldbegehung auf dem Bioland-Hof Marcus Comtesse »Glyphosat ist nicht direkt ersetzbar«, so der saarländische Bauernverband über das krebserregende Herbizid aus dem Hause Monsanto, obwohl das unkrautvernichtende Gift den Insekten (z.B. Bienen oder Hummeln) ihre Lebensgrundlage entzieht. Was aber, wenn Glyphosat »indirekt« ersetzt wird, nämlich durch Mischfruchtanbau? Die konventionelle Landwirtschaft wäre um ein Argument ärmer und bei Monsanto brechen die Gewinne ein. Eine Fiktion? Nein, schon seit vielen Jahren Realität auf dem Bioland-Hof von Marcus Comtesse bei Wadgassen. Landwirt Marcus Comtesse pflügt schon seit Jahren keine Felder mehr. Trotzdem breitet sich kein Unkraut aus, denn eine richtige Pflanzenkombination verhindert dies. Eine dieser Komplementärpflanzen in Mischfrucht ist LEINDOTTER (lat. *Camelina Sativa*). Sie unterdrückt Unkraut und stützt Weizen oder Hülsenfrüchte ab, ohne mit ihm um die Nährstoffe zu konkurrieren. Das ist besonders wichtig, wenn im Spätsommer die Mähdrescher zum Einsatz kommen. So beugt Leindotter nicht nur Ernteverlusten vor. Zu Öl verarbeitet liefert er das über die Landesgrenzen hinaus bekannte »Speiseöl der Kelten«. Eines von vielen Beispielen, wie abseits von den Empfehlungen der Agroindustrie landwirtschaftlicher Anbau naturnah und wirtschaftlich betrieben werden kann. Denn: bessere Lebensmittel beginnen schon auf dem Feld! Alle Interessierten sind herzlich eingeladen anlässlich einer Feldbegehung mehr über die bunte Welt der Kulturpflanzen und unserer Landwirtschaft zu lernen. Kooperationspartner: Leindotter Initiative, "Unverpackt" Saarbrücken, Bliesgauölmühle, Slow Food Saarland, Zukunftswerkstatt Saar, BDOel - Bundesverband dezentraler Ölmühlen und Pflanzenöltechnik e.V. - Um Anmeldung wird gebeten!

Newsletter beibehalten, abmelden oder gar empfehlen? Vielleicht einen eigenen Beitrag einsenden?

Diesen Newsletter, also den Rundbrief, erhalten alle, deren E-Mailadresse registriert wurde. Wenn er Dir zusagt und Du ihn auch gerne weiterhin erhalten möchtest, musst Du einfach nichts tun. Ist er Dir eher lästig, dann kannst Du Dich aber jederzeit ganz formlos wieder abmelden, indem Du von deiner hinterlegten E-Mailadresse (diejenige, an die der Newsletter versandt wird) eine E-Mail mit dem Betreff „Abmeldung“ an unsubscribe@dielinke-saar-mailer.de schickst.

Falls Du den Newsletter jemandem empfehlen möchtest, dann gib demjenigen/derjenigen einfach den Tipp sich auf www.dielinke-saar-mailer.de zu registrieren. Es geht schnell, einfach und unkompliziert. Alleine in den letzten Monaten konnten wir so etwas mehr als 625 Neuanmeldungen verzeichnen.

Datenschutz ist uns wichtig

Seit der Plattformgründung in 2011 - und der erfolgten Neustrukturierung in 2013 - werden keine personenbezogenen Daten außer der E-Mailadresse erfasst. Diese E-Mailadressen werden wiederum keinen Dritten zur Verfügung gestellt und äußerst gut verschlüsselt vorgehalten.

Dein Beitrag im Rundbrief

Eigene Beiträge, auch Artikelempfehlungen und Links, für den Rundbrief kannst Du an red@dielinke-saar-mailer.de schicken. Texte bitte als E-Mail-Text oder als RTF-, ODT- oder Word-Datei im Anhang. Bilder bitte als JPG- oder PNG-Datei und in einer entsprechend guten Auflösung. Einer der RedReporter wird sich dann zeitnah um die Einpflege deines Beitrages kümmern.

Hinweise:

Da der Rundbrief unregelmäßig als PDF via E-Mail erscheint, ist er für kurzfristige Mitteilung eher ungeeignet. Für Kleinanzeigen aller Art ist er nicht gedacht.

Alle Texteingaben werden selbstverständlich unter Namensnennung veröffentlicht.



LINKEN-WAGEN AUF DEM CSD 2018. EIN VOLLER ERFOLG!

Der Landesverband DIE LINKE. Saar war selbstredend auch 2018 mit einem eigenen Wagen auf dem CSD vertreten. „Rund 50.000 Menschen haben am Sonntag den Christopher Street Day (CSD) in Saarbrücken gefeiert. Das waren etwa 10.000 Besucher mehr als im vergangenen Jahr. Politisch hat DIE LINKE. schon immer eine klare Linie: alle Menschen sind gleich. Als Landesverband hat uns natürlich gefreut, dass auch von der LAG Queer – unserer ältesten Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) – wieder viele Mitglieder auf unserem Wagen waren.“



DIE AKTUELLEN BEITRÄGE

Anstieg der Wirtschaftskriminalität ist besorgniserregend und vermeidbar - 12. Juni 2018

Während in der Öffentlichkeit andere Verbrechen und Straftaten fast täglich Schlagzeilen produzieren, ist ein fast 26-prozentiger Anstieg der Schadenssumme bei Wirtschaftskriminalität offensichtlich nur eine Randnotiz. Man bekommt schon den Eindruck, dass es sich hierbei um Kavaliersdelikte handelt“, so Thomas Lutze, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die heute vom Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlichten Zahlen zur Wirtschaftskriminalität.

Lutze weiter: „Wir brauchen dringend eine personelle Aufstockung im Bereich Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität. Nach Auffassung der Linksfraktion sind die ermittelten Straftaten nur die Spitze des Eisbergs. Hier entsteht ein volkswirtschaftlicher Schaden, der zumindest in dieser Höhe mit mehr Fahndungspersonal absolut vermeidbar wäre.“

Nach Saar-Hochwasser – über Ursachen Klimawandel und Flächenversiegelung muss geredet werden - 12. Juni 2018

„Unser Saarland war in den letzten Wochen von mehreren Unwettern betroffen. Diese unterschieden sich in ihrer Intensität und Auswirkungen deutlich von denen der letzten Jahr-

zehnte. Neben den üblichen Witterschwankungen sind aber auch der fortschreitende Klimawandel und die nach wie vor zunehmende Flächenversiegelung wichtige Ursachen“, so Thomas Lutze, saarländischer Bundestagsabgeordneter. „Diese Ursachen sind nicht natürlich oder gottgegeben, sondern verursacht in unserer Gesellschaft.“

„Die Einhaltung der vereinbarten Klimaziele darf nicht weiter ein freiwilliger Nebensatz in Politik und Wirtschaft sein, dessen Zeitrahmen man beliebig nach hinten schieben kann. Das Ziel, die Erderwärmung zu begrenzen, ist kein abstraktes Planspiel, sondern lebensnotwendig. Hier haben die Kommunen, aber vor allem die Bundes- und Landespolitik einen riesigen Nachholbedarf. Dazu gehören vor allem die Reduzierung von Abgasen im Verkehr, der Schadstoffe in der Landwirtschaft und die Förderung klimaschonender regionaler Wirtschaftskreisläufe“, so Lutze, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag.

„Auch im Saarland muss die weit verbreitete Flächenversiegelung durch Industrie- und Gewerbebebauung sowie die Straßeninfrastruktur deutlich eingeschränkt und zurückgebaut werden. Ebenso müssen kleiner Bachläufe – an denen sich die Wassermassen verheerend abarbeiteten – konsequent renaturiert werden.

Wiesen und Wälder können große Wassermassen zurückhalten, Straßen und Dämme nicht“, so Lutze abschließend.



Halberg Guss, DIE LINKE. steht klar an der Seite der Gewerkschaft und der Arbeiter - Sicherlich zu Recht sieht die IG Metall den Saarbrücker Standort des VW-Zulieferers „Neue Halberg Guss“ noch lange nicht gerettet. Ein verlässliches und vor allem nachhaltiges Konzept zur Zukunftssicherung liegt nicht vor.

„Der Plan Leipzig 2019 zu schließen, würde dem Saarbrücker Standort etwas Luft verschaffen. Der Preis sind die verlorenen Arbeitsplätze eines anderen Standortes. Doch wo sind das in sich stimmige Konzept und die tragfähige Lösung, die den Standort und die 1300 Arbeitsplätze im Saarland auch für die Zukunft sichern werden. Bei der aktuellen Lage hat die IG Metall vollkommen recht scharfe Kritik zu üben und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um der Prevent-

Gruppe einzuheizen. Das Reinziehen der „Neue Halberg Guss“ durch die Prevent-Gruppe in deren Streit mit VW, ist ein Unding. Die Zeche sollen wieder die Arbeitnehmer zahlen.“, so Andreas Neumann, stv. Landesvorsitzender DIE LINKE. Saar. „Wir stehen als Saarlinke ganz klar zur Gewerkschaft, deren Forderungen und den Arbeitern der Neuen Halberg Guss. Ohne Wenn und Aber.“ Online-Petition: www.bit.ly/Halberg

DIE LINKE: Gemeinwesenprojekt Dudweiler kommt! - 13. Juni 2018

Fraktion sieht sich bestätigt - Antrag zum Haushalt noch abgelehnt. DIE LINKE. im Regionalverband Saarbrücken sieht sich bestätigt. Nach längeren Planungen und Diskussionen

soll nun das geforderte Gemeinwesenprojekt Dudweiler umgesetzt werden. Wie die jugendpolitische Sprecherin der Fraktion, Dagmar Trenz mitteilt, sei dies auch dringend notwendig. Dudweiler sei der Stadtbezirk, der die höchsten Hartz-IV-Steigerungen aufweise, ohne dass die notwendigen Beratungs- und Interventionsstrukturen vorhanden seien. Es sei nur konsequent, wenn das örtliche Kinder- und Elternbildungszentrum (KIEZ), zum Gemeinwesenprojekt ausgebaut werde. Damit werde eine Lücke geschlossen. Dudweiler der einzige Stadtbezirk in Saarbrücken der bisher ohne Gemeinwesenprojekt auskommen müsse. Gemeinwesenarbeit, so DIE LINKE, biete u.a. umfassende Sozialberatung an, schaffe Räume für

Begegnung, unterstütze unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und trage maßgeblich zum sozialen Frieden im Regionalverband bei. Noch bei den Haushaltsberatungen für 2018, so Fraktionsvorsitzender Jürgen Trenz, habe die wilde Ehe aus CDU und SPD den Antrag der Fraktion DIE LINKE, auf Gründung des Gemeinwesenprojekts Dudweiler noch abgelehnt. Jetzt müssten auch die Großkoalitionäre begreifen, dass Armutsbekämpfung, Frieden und Sicherheit nicht ohne Investitionen in soziale Infrastruktur möglich seien.

Neuer Rundfunkstaatsvertrag ist nicht zeitgemäß - 14.06.2018

„Die gute Nachricht: Produktionen dürfen etwas länger in den Mediathe-



(Nicht-)Aufnahme von AfD-Mitgliedern. Beschluss durch Landesvorstand gefasst.

Passend zur neuen Kampagne „GEGEN RECHTS“ hier ein Hinweis zur Beschlusslage des Landesvorstandes DIE LINKE. Saar.

Der Landesvorstand DIE LINKE. Saar hat in der Vorstandssitzung vom 4. Mai 2018 ein klares Zeichen gesetzt und sich den schon getroffenen Beschlüssen der Kreisverbände Neunkirchen und Merzig-Wadern angeschlossen. Es wurde beschlossen, dass der Landesverband DIE LINKE. Saar **grundsätzliche keine ehemaligen Funktions- und Mandatsträger der Partei AfD als Mitglied aufnimmt.** Für ehemalige AfD-Mitglieder, die keine Funktions- und Mandatsträger waren, haben sich gem. Beschluss der betroffene Kreisverband und der Landesvorstand eingehend über die vergangenen Aktivitäten des Antragsstellers in Sachen AfD zu informieren, zu beraten und dann erst eine Entscheidung herbeizuführen.

Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen!

Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit ist nach wie vor erdrückend. Mehr als ein Drittel der über 30.000 arbeitslosen Saarländerinnen und Saarländer ist schon länger als ein Jahr ohne Beschäftigung und damit langzeitarbeitslos. Nach allgemeiner Erfahrung sinkt mit der Dauer der Beschäftigungslosigkeit zunehmend auch die Perspektive, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Im Resultat sind diese Menschen gesellschaftlich abgehängt: keine Arbeit – kein Einkommen – keine Teilhabe an der Gesellschaft. Es ist richtig, dass Wirtschaftsministerin Rehlinger und die Landesregierung das Problem nun endlich angehen wollen, nachdem die Kommunen hier jahrelang gegen Windmühlenflügel kämpfen mussten. Auch das Instrument des Passiv-Aktiv-Transfers ist angemessen, wenngleich man wissen muss, dass dies auch nur ein Pflaster auf die Wunden ist. Grundsätzlich muss der Arbeitsmarkt reformiert und vom Ballast der Agenda-Politik befreit werden. Zudem müssen reale Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir setzen in Saarbrücken verstärkt auf die Ansiedlung von Betrieben, die auch Arbeitsplätze für Geringqualifizierte zu tariflichen Bedingungen schaffen wollen. Und darüber hinaus haben wir mit unserer ‚Initiative Lokaler Sozialer Arbeitsmarkt‘ ein Instrument an der Hand, um Jenen eine Beschäftigung zu bieten, die ansonsten ohne Perspektive sind.



DIE AKTUELLEN BEITRÄGE

ken bleiben, die 7-Tage-Frist wird aufgeweicht.

Das ist überfällig, weil die Löschrasternutzer*innenfeindlich waren, außerdem muss eine angemessene Vergütung der Produzent*innen sichergestellt werden. Die schlechte Nachricht: Die Öffentlich-Rechtlichen dürfen im Netz weiterhin nur sehr eingeschränkt ihre Inhalte vermitteln. Der sogenannte Telemedienauftrag wurde dafür neu gefasst. Das Verbot von ‚presseähnlichen‘ Texten auf den Webseiten der Sender bleibt im Kern aber erhalten“, erklärt Doris Achelwilm, medienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der heutigen Verständigung der Ministerpräsidentenkonferenz auf eine Änderung des Rundfunkstaatsvertrags. Achelwilm weiter: „Die Zukunft der Mediennutzung ist plattformunabhängig: Wir schauen auf Smartphones Fernsehbeiträge oder lesen die Zeitung im Internet. Das Verbot angeblich presseähnlicher Artikel auf Webseiten der Öffentlich-Rechtlichen ist aus der Zeit gefallen, rettet vermutlich keinen bedrohten Zeitungsverlag und schränkt einen modernen Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen ein“.

Finanzminister Scholz schützt Steueroasen - 14.06.2018

„Die Bundesregierung verhindert unter Finanzminister Scholz steuerliche Transparenz von Konzernen. Diese

ist jedoch entscheidend, um aggressive Steuervermeidung überhaupt sichtbar zu machen“, kommentiert Fabio De Masi, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, die heute in der zuständigen Arbeitsgruppe des Rats der Europäischen Union anstehenden – möglicherweise finalen – Verhandlungen zur öffentlichen länderspezifischen Berichterstattung (country by country reporting), wonach Unternehmen Kennzahlen wie Umsätze, Gewinne und Steuern öffentlich nach Ländern aufschlüsseln müssen. De Masi weiter: „Deutschland blockiert auch unter Finanzminister Olaf Scholz einen Vorschlag der EU-Kommission, dem das Europaparlament bereits im Juli 2017 zugestimmt hat. Ein ausgehandelter Kompromiss liegt auch im Rat auf dem Tisch, aber die Bundesregierung versteckt sich hinter Luxemburg, Zypern und Malta, um die Profite der deutschen Exportindustrie zu schützen. Diese fürchtet, dass mehr Transparenz zu Steuerforderungen von Ländern wie Indien und Brasilien an deutsche Konzerne führen könnte. Der Hinweis auf vermeintliche Geschäftsgeheimnisse ist Unsinn, wie die bereits bestehende Pflicht zur öffentlichen Berichterstattung im Banken- und Rohstoffsektor zeigt. Es ist beschämend, dass die SPD auch in dieser Frage hinter ihr Wahlversprechen zurückfällt. DIE LINKE fordert nicht nur umfassende Transpa-

renz bei Konzerngewinnen und den Eignern von Briefkastenfirmen, sondern auch endlich Sofortmaßnahmen wie Quellensteuern oder Beschränkungen der Abzugsfähigkeit bei Finanzflüssen in Steueroasen. Dies sollte in einer Koalition der Willigen in der EU umgehend angegangen werden, um Druck für internationale Lösungen wie Mindeststeuersätze zu erzeugen.“

Dieselskandal: Bußgelder gegen VW längst überfällig - 14.06.2018

„Zum wiederholten Mal bügelt die Justiz die Fahrlässigkeit der Regierung im Umgang mit der Autoindustrie aus. Das von der Staatsanwaltschaft Braunschweig verhängte Bußgeld gegen VW ist zu begrüßen und längst überfällig. Die Bundesregierung kriegt ein weiteres Mal vor Augen geführt, dass sie im Abgasskandal keine Regierungsverantwortung getragen hat. Erst die Diesel-Fahrverbote, dann die Klage der EU-Kommission wegen der Nichteinhaltung der Luftqualität und nun das Milliarden-Bußgeld für VW – zum dritten Mal müssen Gerichte ein Machtwort sprechen“, erklärt Ingrid Remmers, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der verhängten Strafzahlungen von einer Milliarde Euro an VW. Remmers weiter: „Die Abhängigkeiten und Verstrickungen zwischen Bundesregierung und der Autoindustrie sind

zu tiefgreifend, um ein verantwortungsvolles Regierungshandeln zu erwarten. Es verfestigt sich der Eindruck, dass Union und SPD eine Mitschuld am Abgasskandal tragen. Anders ist ihre hörige Treue zur Automobilindustrie nicht zu erklären.“

Europa sozial und friedlich gestalten statt aufrüsten - 13.06.2018

„Heiko Maas hat die Chance für ein Bekenntnis zu einem Europa des Friedens einschließlich Russland verpasst. Stattdessen setzt er, wie zu erwarten, auf Aufrüstung und Großmachtstreben der EU, auch gegen Russland. Dabei gefährdet gerade die aktuelle europäische Außenpolitik mit Ressourcenausbeutung im Süden, Bollwerken gegen Flüchtende, der

entstehenden Militärunion Pesco und dem Aufmarsch der NATO-Staaten im Osten die bestehende europäische Friedensordnung“, sagt Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Europarede von Außenminister Heiko Maas. Hänsel weiter: „Die Lehren von Verdun und Douaumont heißen doch, gemeinsam ein friedliches und soziales Europa aufzubauen und nicht, neue Feindbilder zu produzieren. Die bestehende Europäische Union handelt eben nicht mit der ‚vereinten Kraft seiner 500 Millionen Menschen‘, wie Maas sagte, sondern entsprechend der Interessen seiner mächtigen Konzerne von HSBC über Nestlé, Daimler, der Deutschen Bank bis hin zu Rheinmetall. Ein friedliches und

solidarisches Europa braucht nicht mehr Aufrüstung und neoliberale Konzepte, sondern sozialen Ausgleich, eine gerechte Handelspolitik und eine Politik der Abrüstung.“

Verfassungsgerichtsurteil zur Kettenbefristung ist Etappensieg für Beschäftigte - 13.06.2018

„Das Urteil ist ein Etappensieg für die Beschäftigten, denn jetzt gibt es ein Schlupfloch weniger für Arbeitgeber“, kommentiert Susanne Ferschl, Sprecherin für Gute Arbeit und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot von Kettenbefristungen, in dem es die bisherige Rechtsauslegung durch das Bundesarbeitsgericht

DIE AKTUELLEN BEITRÄGE

korrigiert hat. Ferschl weiter: „Das Bundesverfassungsgericht hat die bisherige gerichtliche Auslegung der Frage, wann eine Kettenbefristung vorliegt, erfreulicherweise zugunsten von Beschäftigten korrigiert und mit dem Grundgesetz als unvereinbar definiert. Ich danke den obersten Richterinnen und Richtern ausdrücklich für diese Nachhilfe in Sachen Rechtsauslegung bei so wichtigen Schutzgesetzen für die Beschäftigten. An diesem Urteil zeigt sich aber auch, dass Bundesarbeitsminister Heil bei den anstehenden Gesetzesentwürfen besonders auf mögliche Schlupflöcher für Arbeitgeber achten muss. Es darf nicht sein, dass durch eine schlechte Gesetzgebung die Beschäftigten erst nach jahrelangen Klagen zu ihrem Recht kommen. DIE LINKE fordert analog zur Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts, dass es die Pflicht des Staates zum Schutz der Beschäftigten sein muss, die unbefristete Dauerbeschäftigung als Regelbeschäftigungsform zu sichern und fordert Bundesarbeitsminister Heil auf, bei dem angekündigten Gesetzentwurf zur Einschränkung von sachgrundloser Befristung und Sachgründen, diesem Gebot gerecht zu werden.“

Landesregierung muss Konzept für Sanierung PCB-belasteter öffentlicher Gebäude vorlegen - 17. JUNI 2018

und schwierigen Vereinbarkeit ihrer Arbeit mit der Familie. Deshalb wollen sie für bessere Arbeitsbedingungen in Form eines Tairfvertrags Entlastung kämpfen. Weil sie dabei das Wohl der Patienten im Blick haben, wollen sie im Vorfeld regeln, wie die Versorgung auf den einzelnen Stationen im Streikfall gewährleistet werden kann. Dafür braucht es eine Notdienstvereinbarung, wie sie an anderen Kliniken wie etwa der Berliner Charité und den Universitätskliniken in Baden-Württemberg ebenfalls geschlossen wurde. Wenn sich die Klinikleitung weiterhin weigert, diese Vereinbarung zu unterzeichnen, in der Hoffnung, damit viele Pflegekräfte von einem Streik abhalten zu können, ist dies ein unsäglicher Eingriff in das

DIE LINKE im Saarländischen Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Konzept zur Sanierung PCB-belasteter Gebäude im Saarland vorzulegen. Auf eine Anfrage des parlamentarischen Geschäftsführers Jochen Flackus hat die Landesregierung nämlich geantwortet, dass bislang keine systematische Untersuchung öffentlicher Gebäude im Saarland auf PCB erfolgt ist (Drucksache 16/468). „PCB-Untersuchungen wurden seitens der Landesregierung für die im Eigentum des Landes stehenden Bestandsgebäude generell nicht durchgeführt. Der aktuelle Bestand steht derzeit nicht unter generellem PCB-Verdacht.“

„Experten rechnen damit, das bundesweit rund 20.000 Tonnen der giftigen und krebserregenden Polychlorierten Biphenyle (PCB) in Form von Fugendichtungsmassen in Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Uni-Bauten und anderen öffentlichen Gebäuden verbaut worden sind“, so Flackus. „Auch die Landesregierung erklärt nun, dass bei Sanierungsarbeiten an der Universität Fugen gefunden wurden, die mit PCB belastet waren, aber verweist dabei auf Messwerte, die keinen akuten Sanierungsbedarf begründen“. Aber gerade weil punktuell belastete Fugen gefunden wurden ist davon auszugehen, dass weitere Gebäudeteile belastet sind. PCB wurde bis in die 80er Jahre hinein etwa in Transformatoren, Hydraulikanlagen

Streikrecht der Beschäftigten. Und es ist fahrlässig gegenüber den Patientinnen und Patienten, weil ihre Notfallversorgung eben nicht vorab geregelt wird. Die Beschäftigten haben uns heute von über 80.000 Überstunden am Uniklinikum berichtet, von einer gravierenden personellen Unterbesetzung, die das Patientenwohl massiv gefährdet.

Sie leisten einen unverzichtbaren Dienst am Menschen und werden dafür vergleichsweise schlecht bezahlt. Nötig ist insgesamt ein Gesundheitssystem, in dem der Mensch und seine Bedürfnisse im Vordergrund stehen, nicht irgendwelche Kostenrechnungen und Profitinteressen. Beschäftigte und Patienten leiden gleichermaßen unter einer

sowie als Weichmacher in Lacken, Dichtungsmassen, Isoliermitteln und Kunststoffen verwendet. Bis dahin wurden die meisten Schulen, Krankenhäuser und Universitäts-Gebäude im Saarland errichtet. Und angesichts des Sanierungsstaus sind viele der damals verbauten Stoffe wohl noch heute vor Ort, daher wäre es fahrlässig, nichts zu tun. Nötig ist eine Bestandsaufnahme bei allen öffentlichen Gebäuden und eine Entfernung der giftigen Stoffe. Eine mögliche gesundheitliche Gefährdung von Kindern, Studierenden und Beschäftigten darf nicht mit einer schlechten Kassenlage begründet werden.“

Oskar Lafontaine: DIE LINKE ist solidarisch mit den Pflegekräften am Homburger Uniklinikum – Streikrecht der Beschäftigten darf nicht beschnitten werden! - 11. Juni 2018

DIE LINKE im Saarländischen Landtag erneuert ihre Forderung an die Leitung der Uniklinik Homburg, umgehend die von ver.di vorgelegte Notdienstvereinbarung zu unterzeichnen. Heute hat sich die Fraktion mit Beschäftigten und Vertretern der Gewerkschaft ver.di getroffen und ihnen ihre Solidarität ausgesprochen. Oskar Lafontaine: „Die Pflegerinnen und Pfleger leiden unter einer gravierenden Personalnot, steigendem Druck, einer fehlenden Planbarkeit

verfehlten Politik, die auf Privatisierungen und mehr ‚Wettbewerb‘ im Gesundheitswesen setzt, statt die Ausgaben dem wachsenden Bedarf anzupassen und bei der Finanzierung auch die Multimillionäre in die Pflicht zu nehmen.“

LINKE Stadtratsfraktion fordert unverzüglich Neubau der Handwerkskammer in Saarbrücken - 12. Juni 2018

Die Handwerkskammer des Saarlandes (HWK) bemüht sich seit Jahren, an ihrem Standort in der Hohenzollernstraße einen Neubau zu realisieren, der den modernen Anforderungen eines Handwerks- und Ausbildungszentrums entspricht. Obwohl die Geschäftsleitung der HWK

DIE AKTUELLEN BEITRÄGE

in intensivem Austausch mit den Baubehörden von Stadt und Land steht, wird von deren Seite eine Realisation blockiert. Die baupolitische Sprecherin der Linksfraktion im Stadtrat, Jasmin Pies, unterstützt den geplanten Neubau auf dem Parkgelände des ehemaligen Kultusministeriums: „Es geht darum, den Standort der Handwerkskammer zukunftsfähig zu machen. Gerade das geplante Ausbildungszentrum des Handwerks ist in Alt-Saarbrücken bestens platziert. Unverständlich bleibt, warum weder Oberbürgermeisterin Britz, noch Bauminister Bouillon das Vorhaben unterstützen, obwohl so Fördermittel des Bundes verloren gehen können und der Verbleib des Standortes gefährdet wird.“. Lothar Schnitzler, finanzpolitischer Sprecher der Stadtratsfraktion DIE LINKE, fordert einen umgehenden Baubeginn. Denn: „Es entsteht der Eindruck, dass von der Großen Koalition von CDU und SPD seitens des Landes ein großes Interesse besteht, den Standort der HWK außerhalb Saarbrückens zu platzieren. Mehrere Städte, darunter Neunkirchen, haben bereits Interesse signalisiert, das Bauvorhaben der HWK bei sich realisieren zu wollen“.

Pies und Schnitzler sind sich sicher, dass dies kein Einzelfall ist. So habe die Verlagerung der Bereitschaftspolizei vom Wackenbergr nach Kirkel, das geplante IT-Breitbandzentrum oder die

Verlegung des Logistikunternehmens Schenker von Saarbrücken weg, schon längst ein Ausmaß erreicht, das zum Schaden der Stadt gereiche. Statt Landeshauptstadt und Oberzentrum Saarbrücken zu stärken, werde immer mehr eine dezentrale Ansiedlungspolitik zum Schaden der Stadt betrieben.

Eichenprozessionsspinner bekämpfen - 10. Juni 2018

Der Eichenprozessionsspinner breitet sich witterungsbedingt im Saarland weiter aus. Dazu Dagmar Ensch-Engel, die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Saarländischen Landtag: „Der Schädling befällt nicht nur Bäume im Wald, sondern auch in Parkanlagen, Gärten und Baumalleen, wie jetzt zum Beispiel in Saarfels. Sie besitzen Brennhaare, die zu Hautirritationen, Augenreizungen, Atembeschwerden bis hin zu erheblichen allergischen Reaktionen führen können, wenn Menschen und besonders Kinder mit ihnen in Kontakt kommen. Experten schätzen das Gesundheitsrisiko als sehr hoch ein und zwar für Mensch und Tier. Die abgebrochenen Brennhaare der Raupen können sich durch Windeinfluss schnell und großräumig verbreiten und verursachen Beschwerden beim bloßen Hautkontakt.

Darüber hinaus verbleiben sie lange an Ort und Stelle und können noch nach Wochen eine Gesundheitsge-

fährdung darstellen. Aus meiner Sicht gibt es dringenden Handlungsbedarf, in Form von Meldebögen und Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger, damit möglichst kein Kontakt mit der Raupe stattfindet, aber auch die Behörden umgehend informiert und mit der Bekämpfung tätig werden können.“ Des Weiteren fordert Ensch-Engel eine sorgfältige Abwägung beim Einsatz von Pestiziden. „Es gilt, das Risiko einer Gesundheitsgefährdung zu minimieren, ohne dass die Belastung durch Insektizide zu groß wird.“

Die Linke Merzig-Wadern für beitragsfreie KiTa - Bund muss finanzielle Mittel bereitstellen - 10. Juni 2018

Die Linke begrüßt grundsätzlich das angedachte Absenken der KiTa-Beiträge, wie es im Saarland bis 2022 vollzogen werden soll. Der Linken im Kreis Merzig-Wadern geht dies aber nicht weit genug. Der Prozess muss darüber hinaus zeitnah zu einer beitragsfreien KiTa führen, ähnlich wie dies in Rheinland-Pfalz schon der Fall ist. Dazu müssen die Vertreter der saarländischen Kommunen endlich die Bundesregierung in die Pflicht nehmen. „Der Bund hat den gesetzlichen Anspruch auf einen KiTa-Platz beschlossen und muss deshalb auch die nötigen finanziellen Mittel für die Kommunen bereitstellen. Junge Menschen brauchen Planungssicher-

heit für ihre Familiengründung. Dies ist in unserem ländlichen Kreis angesichts des demografischen Wandels umso wichtiger“, so der Co-Kreisvorsitzende Max Hewer.

Integrationsbeiräte im Saarland

Als politische Interessenvertretung der ausländischen Einwohner beraten sie dort, wo es diese Beiräte gibt, die kommunalen Organe in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen. Man kann aber feststellen, dass die Arbeit der saarländischen Integrationsbeiräte auf Bundesebene gefühlt deutlicher wertgeschätzt werden, als hier vor Ort. Und dabei kann man den Aktiven der Integrationsbeiräte mangelndes Engagement wahrlich nicht vorwerfen. Hierfür ist

z.B. die jahrzehntelange Arbeit von Patrizio Maci (Bild rechte Seite), Vorsitzender des Saarländischen Integrationsrates (SIR) und Sprecher des Integrationsbeirates der Kreisstadt Saarlouis, ein gutes Beispiel.



Dieses Engagement sollte man aber auch politisch „honorieren“. „Die

Absenkung der Regelung des KSVG §50 (1), der die Bildung von Integrationsbeiräten regelt, von derzeit 8 Prozent auf vielleicht 4 Prozent wäre doch mal visionär für diesen wichtigen Bereich. Die Absenkungsforderung steht doch nun wirklich lange genug im Raum.“, so Andreas Neumann, stv. Landesvorsitzender DIE LINKE. Saar.

Die Linke fordert Unterstützung der Landesregierung für einen Krankenhausstandort Wadern.

DIE LINKE Kreisverband Merzig unterstützt im Rahmen der Kampagne „Menschen vor Profite - Pflegenotstand stoppen“ mit einem Informationsstand in Wadern, die Forderung nach einer wirklichen Verbesserungen in der Pflege. Die Kreisvorsitzende und

DIE AKTUELLEN BEITRÄGE

stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken im Landtag Dagmar Enschedel erklärt hierzu: „Der Pflegenotstand in der Bundesrepublik lässt sich nicht mehr leugnen, eine menschenwürdige Pflege ist nicht mehr flächendeckend und in ausreichendem Maße gewährleistet, auch hier im Saarland nicht.“ Aus Sicht der Politikerin ist zwingend ein Neustart anzustreben, um den Anliegen der Familien mit Pflegebedarf, aber auch der Pflegekräfte gerecht zu werden. Die Linke hat deshalb eine Pflegekampagne ins Leben gerufen und drängt auf schnelle Umsetzung. DIE LINKE fordert eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung in Kliniken, zusätzliche Pflegekräfte für eine menschenwürdige Altenpflege und einen Pflegemindestlohn von 14,50 Euro. Die saarländischen Regierungsparteien CDU und SPD haben dem Antrag der LINKE im Saarländischen Landtag ´Würdevolles Leben im Alter gewährleisten - Pflegenotstand beenden - Versorgung mit ambulanten Pflegedienstleistungen sicherstellen´ in der vergangenen Sitzung des Landtages und damit verbindlichen Personalmindestzahlen und zusätzlichen Pflegestellen zugestimmt. "Ich erwarte nunmehr ein schnelles Handeln, denn ein weiterer Aufschub ist nicht mehr zumutbar." so Enschedel weiter. Der Informationsstand am Freitag in Wadern war aber auch als Unterstützung der Bürgerin-

initiative Nordsaarlandklinik gedacht. Enschedel macht keinen Hehl aus ihrer Enttäuschung: „Eine Notfallversorgung ist aus meiner Sicht in dieser Region nicht mehr vollumfänglich vorhanden. Alle Verantwortlichen beteuern sie würden die Sorgen der Bürger ernst nehmen; diese leeren Worthülsen nützen jedoch nichts. Die Bürgerinitiative und der Bürgermeister werden alleine gelassen im Kampf um einen Krankenhausstandort Wadern!“ Die Linke im Kreis fordert die Landesregierung deshalb auf die Stadt und den Landkreis massiv zu unterstützen und den Versorgungsauf-

trag auf eine flächendeckende Notfallversorgung zu erfüllen.

Treffen mit IG BAU

Das gegenseitige Kennenlernen und der allgemeine Informationsaustausch standen im Fokus des Treffens zwischen Herrn Andler (stv. Regionalleiter der IG BAU) und Andreas Neumann (stv. Landesvorsitzender DIE LINKE, Saar).

„Die Gewerkschaftsbereiche Bauen, Agrar und Umwelt decken klassische Bereiche linker Politik in vielerlei Hinsicht ab. Die fast drei Stunden gingen wie im Flug vorbei und ich



kann mich bei Herrn Andler wirklich nur für diesen informativen Vormittag in lockerer Atmosphäre bedanken. Aus diesem Gespräch konnten viele gute Impulse für die nächsten Planungsschritte, auch mit Hinsicht auf die bald anstehenden Kommunalwahlen, mitgenommen werden.“

Bild: Herr Andler, rechte Seite



Gewalt in der Pflege ist vermeidbar

18.06.2018

Dieses Ausmaß von Gewalt in der häuslichen Pflege ist ein Armutszeugnis für die Pflegepolitik der Bundesregierung“ sagt Pia Zimmermann, Sprecherin für Pflegepolitik der Fraktion DIE LINKE, zu den Ergebnissen der ZQP-Studie zur Gewalt an und von Menschen mit Pflegebedarf im häuslichen Umfeld.

Zimmermann weiter: „Gewalt in der häuslichen Pflege kann verhindert werden, wenn die Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Das sieht unser Pflegesystem aber gar nicht vor. Es ist nicht nur undurchschaubar bürokratisch und teuer für die Betroffenen, sondern

immer öfter gibt es gar keine professionelle Unterstützung mehr für die pflegenden Familien.

Die ambulanten Pflegedienste bluten aus und müssen schon seit Jahren viele Klienten ablehnen, weil sie schlicht keine Kapazitäten mehr haben. Viele Angehörige von Menschen mit Pflegebedarf sind seit Jahren völlig auf sich gestellt. Der Horror in der Altenpflege muss endlich aufgehört werden.

Wir brauchen endlich ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Pflege, damit Angehörige und Menschen mit Pflegebedarf wirksam vor Gewalt geschützt werden. Die Pflege gehört in die Mitte der Gesellschaft und darf nicht weiter abgehängt werden.“



Rote.reporter, im Interview mit Bernd Riexinger: „DIE LINKE hat Rückenwind“

Parteichef Bernd Riexinger über den Leipziger Parteitag, sein Ideal einer sozialistischen Mitgliederpartei und wie DIE LINKE in die Offensive kommt:

Herzlichen Glückwunsch, du bist beim Leipziger Parteitag erneut zum Vorsitzenden von DIE LINKE gewählt worden.

Was war für dich das Besondere dieser dreitägigen Zusammenkunft?

Bernd Riexinger: Trotz des Trubels bin ich mit dem Parteitag sehr zufrieden. Ich bin stolz darauf, wie viele Genossinnen und Genossen ans Mikrofon gegangen sind und tolle Reden gehalten haben. Man hat von Anfang an gespürt, dass DIE LINKE jünger geworden ist. Mit dieser Dynamik kann keine andere Partei konkurrieren. Es war spürbar, dass DIE LINKE im Aufbruch ist.

Welche Beschlüsse, die die Delegierten getroffen haben, liegen dir speziell am Herzen?

Alle Beschlüsse sind wichtig, aber besonders am Herzen liegt mir der Leitantrag, der mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Er hat zu einer inhaltlichen Klarstellung geführt, indem er die bisherige Flüchtlingspolitik bestärkt hat. Der Antrag definiert uns als die linke Opposition und macht klar, dass wir uns nicht damit abfinden, dass es keine linken Mehrheiten im Parlament gibt. Wir wollen und werden außerparlamentarische Bündnisse

schließen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden, auch mit linken Mitgliedern von SPD und Grünen. Gemeinsam werden wir Druck machen gegen die Politik der Großen Koalition: im Kampf für gute Arbeit und gute Löhne, gegen die Personalnot in Krankenhäusern und Pflegeheimen und für bezahlbaren Wohnraum. Um die Resignation vieler Menschen zu überwinden, müssen wir außerparlamentarische Kämpfe führen und gewinnen. Das kann beflügeln.

Du hast auf dem Parteitag gesagt, für dein Ideal einer sozialistischen Mitgliederpartei wirst du kämpfen wie ein Löwe. Ist DIE LINKE in dieser Hinsicht auf einem guten Weg?

Ja, die Delegierten waren in ihrer Gesamtheit viel bunter, selbstbewusster und offensiver, als von den Medien oft behauptet wird. Zum Schluss haben sich die Delegierten den Parteitag angeeignet: Sie haben deutlich gemacht, dass sie die Lösung der inhaltlichen Konflikte nicht einfach an die Führung delegieren, sondern selber mitreden und entscheiden. Wir sind auf einem sehr guten Weg.

Welcher Moment des Parteitags hat dich am meisten bewegt?

Die von den Delegierten eingeforderte Debatte am Ende des Parteitags. Letztlich haben sie erreicht, dass die Spitzen von Partei und Fraktion gemeinsam einen Verfahrensvorschlag für die weitere Diskussion unterbreiten mussten. Und sie haben deutlich gemacht, dass sich alle Führungskräfte an die demokratische Beschlüsse der Partei zu halten haben. In der Außenwahrnehmung überwog der Streit um die Flüchtlingspolitik. Wie geht es diesbezüglich weiter?

Die Delegierten haben sich inhaltlich positioniert und gleichzeitig deutlich gemacht, dass inhaltliche Debatten in den dafür vorgesehen Gremien der Partei geführt werden müssen, gemeinsam mit den Mitgliedern. Genauso stelle ich mir DIE LINKE vor.

Was sind nun die wichtigsten Aufgaben für DIE LINKE?

Wir setzen mit Macht unsere Kampagne gegen den Personalnotstand in Gesundheit und Pflege fort. Wir werden den Kampf gegen prekäre Arbeit zum Dauerthema machen und uns einsetzen für gute Arbeit und gute Löhne. Auch bei der zentralen sozialen Frage der Gegenwart, der Forderung nach bezahlbarem Wohnraum, gehen wir in die Offensive. Mit Rückenwind werden wir klare Alternativen zur Politik der Großen Koalition aufzeigen.

WAHLTREND UND LEITBEITRAG

Aktuelle Umfragewerte im direkten Vergleich

Institut	Emnid	Forsa	Durchschnitt	Bundestagswahl
Veröffentl.	16.06.2018	16.06.2018		24.09.2017
CDU/CSU	33,00%	30,00%	31,50%	32,90%
SPD	18,00%	16,00%	17,00%	20,50%
GRÜNE	11,00%	14,00%	12,50%	8,90%
FDP	8,00%	10,00%	9,00%	10,70%
DIE LINKE	11,00%	9,00%	10,00%	9,20%
AfD	15,00%	15,00%	15,00%	12,60%
Sonstige	4,00%	6,00%	5,00%	5,00%

Mögliche Koalitionen bezogen auf den Durchschnitt	
Große Koalition	48,50%
CDU/CSU+SPD	
Jamaika-Koalition	53,00%
CDU/CSU+FDP+Grüne	
Ampel-Koalition	61,00%
CDU/CSU+SPD+Grüne	
CDU/CSU+FDP	40,50%
CDU/CSU+Grüne	44,00%
R2G	39,50%
(SPD+DIE LINKE+Grüne)	
SPD+DIE LINKE	27,00%
SPD+Grüne	29,50%
SPD+FDP	26,00%
CDU/CSU+AfD	46,50%

Datenbasis: wahlrecht.de, Zusammenstellung: Andreas Neumann

EU-Friedensfazilität: Außerbudgetliche Kriegskasse

Sabine Lösing, Koordinatorin der EP-Linksfraktion GUE/NGL im Auswärtigen Ausschuss (AFET) und im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE) des Europäischen Parlaments, kommentiert den Vorschlag der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini zur Einrichtung einer EU-Friedensfazilität: „Vielen ist Artikel 41(2) des Lissabon-Vertrages - der es verbietet, militärische Maßnahmen aus dem EU-Haushalt zu finanzieren - schon lange ein Dorn im Auge. Ein Mittel, um dieses Verbot zu umgehen, soll künftig die ‚Europäische Friedensfazilität‘ (EFF) darstellen.“ ... „Das Ganze ist natürlich eine üble Augenwischerei: Alle Gelder sollen im Rahmen von Maßnahmen der EU verausgabt werden, über deren Verwendung der Europäische Rat befinden soll - es handelt sich also faktisch um ein EU-Budget, für das aber nicht das EU-Recht gelten soll. Der Fonds dient dem genauen Gegenteil, nämlich dazu, die rechtlichen Beschränkungen im EU-Vertrag zu umgehen. Wörtlich heißt es im Vorschlag für den Ratsbeschluss: ‚Wann immer eine anvisierte Maßnahme aufgrund ihrer militärischen oder verteidigungspolitischen Bezüge nicht aus dem EU-Haushalt finanziert werden kann (Art. 41(2) EUV), wird die Fazilität in der Lage sein, die erforderliche Finanzierung zu gewährleisten.“

Sabine Lösing abschließend: „Was Mogherini hier also vorgelegt hat ist nichts anderes, als ein Vorschlag zur Einrichtung einer außerhalb des Budgets angesiedelten Kriegskasse, die dann auch noch als ‚Friedensfazilität‘ getarnt wird.“ - www.dielinke-europa.eu/de/article/11884.eu-friedensfazilität-außerbudgetliche-kriegskasse.html



Arbeitsmarktstatistik: Wenn über 49.312 arbeitslose Saarländern gejubelt wird - Sobald ein Jubel durch die Presse geht, so z.B. „Niedrigste Mai-Arbeitslosigkeit seit 27 Jahren“, dann ist das neuste Kapitel der Märchensammlung fertig, die man irritierende Weise auch als offizielle Arbeitslosigkeitsstatistik der Bundesagentur für Arbeit bezeichnet. Und tatsächlich liegt nun die aktuelle Statistik für den Berichtsmonat Mai 2018 für das Saarland vor. Es werden darin 32.011 Saarländer als Arbeitslos ausgewiesen. 2.073 Saarländer weniger als im Vorjahresmonat, aber halt nur 868 weniger als im direkten Vormonat April 2018. 868 Arbeitslose weniger, die als Indikatoren für das „hohe Niveau der Konjunktur“ und einen „Frühjahrsaufschwung“ erhalten sollen. Keine Berücksichtigung erfahren wieder alle kranken Arbeitslosen iSd. § 146 SGB III, Arbeitslose mit einem Ein-Euro-Job in sogenannten Arbeitsgelegenheiten, in Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und all jene, die älter als 58 sind und somit Arbeitslosengeld II beziehen. Und seit 2009 alle Arbeitslosen in Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, also in deren Fällen private Arbeitsvermittler tätig sind. „Hört man mit dem Schönrechnen à la Pippi Langstrumpf auf und konzentriert sich auf eine transparent gestaltete und belastbare Statistik, dann sind dieses Mal 17.301 Saarländer rausgerechnet worden. Um einen Erfolg auf dem Papier herzustellen wird an einer unübersichtlichen und intransparent gestalteten Statistik mit endlosen Definitionsspielchen festgehalten“, so Andreas Neumann, stv. Landesvorsitzender DIE LINKE. Saar. „49.312 arbeitslose Saarländer sind in dieser Jahreszeit sicherlich vieles, aber keine Indikatoren für eine gute Konjunktur und noch viel weniger ein Grund zum Jubeln.“